



Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 10.03.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 10.02.2011, 15:30 Uhr bis 18:52 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold	SPD
-----------------------	-----

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD	
Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Jürgen Koch	CDU	
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU	bis 18:33 Uhr anwesend
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE	
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Marion Lüttig	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Regina Wilden	auf Vorschlag von pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
------------------------	------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD	bis 16:36 Uhr anwesend
Frau Lisa Steinmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU	bis 17:55 Uhr anwesend

Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU	
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU	
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen	bis 17:20 Uhr anwesend
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen	
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP	
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der pro Köln	bis 17:50 Uhr anwesend
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Roswitha-Cornelia Burauen	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Frau Annelie Appelman	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde

Verwaltung

Frau Brigitte Göttgens		152
Frau Ina-Beate Fohlmeister		V/2
Herr Klaus Müller-Starmann		50/0 JobCenter
Frau Britta Oswald		110
Frau Johanna Preßmar-Cuber		V/1
Frau Marita Reinecke	Behindertenbeauftragte	V/3
Frau Beigeordnete Henriette Reker		V
Herr Stephan Santelmann		50
Herr Michael Schleicher		56 + 5620

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer		V/1
---------------------	--	-----

Entschuldigt fehlen:

Frau Carolina Brauckmann	Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Michaela Diers	Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert zunächst an die engagierte Arbeit von Frau Hiltrud Holländer, die Mitglied des Rates und des Ausschusses für Soziales und Senioren war und am 13.01.2011 verstorben ist.

Herr Paetzold verweist auf die aktuelle Tagesordnung (Stand: 08.02.2011, Stand 6:26 Uhr).

Er schlägt vor, den TOP 4.9 zu Beginn der Sitzung zu behandeln und die TOP 3.3 und 4.1 zusammen zu beraten.

Die Verwaltung zieht den TOP 11.2 zurück.

Die Ausschussmitglieder sind mit dieser Tagesordnung einverstanden.

RM Herr Ensmann erklärt, dass dies heute seine letzte Sitzung als Mitglied des Ausschusses für Soziales und Senioren sei. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit von Ausschussmitgliedern und Verwaltung und wünscht für die zukünftige Arbeit im Ausschuss für Soziales und Senioren alles Gute.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder bei Herrn Ensmann für seine langjährige und gute Arbeit.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0. Beschluss gem. § 34 Abs. 4 GeschO über das Hinzuziehen von Sachverständigen zum TOP 4.9 Zwischenbericht des Projektes "Stromspar-Check"
- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Statistik Netzwerk gegen häusliche Gewalt
0039/2011
 - 3.2 Beantwortung der Fragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 04.11.2010 zum Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2009
5298/2010
 - 3.3 Pflegereport der Barmer Ersatzkasse
0249/2011
 - 3.4 KölnPass: Sachstand der Verhandlungen im Land zur Einführung eines Sozialtickets
0373/2011
 - 3.5 Einlagerung persönlicher Habe nach einer Zwangsräumung
hier: Nachfrage der Fraktion Die Linke vom 28.10.10 auf die Mitteilung
5008/2010
0335/2011
- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2009
4213/2010
 - 4.2 Anfrage der FDP-Fraktion zu Kinderarmut / Wohnverhältnisse
4943/2010
 - 4.3 Online-Schulabgängerbefragung in Köln
5004/2010
 - 4.4 Bericht zum Pilotprojekt 'Integrationslotsen' - Januar 2011
0105/2011

- 4.5 Übersicht über Interkulturelle Zentren, die Anerkennung bzw. Förderung beantragt haben
0225/2011
- 4.6 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
5326/2010
- 4.7 Vorübergehende Aussetzung von Abschiebungen nach Serbien und in den Kosovo
5474/2010
- 4.8 Bericht über die psychosoziale Notfallversorgung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner nach dem Einsturz des Historischen Archivs Köln im März 2009
5075/2010
- 4.9 Zwischenbericht des Projektes "Stromspar-Check"
inkl. Powerpointpräsentation
5370/2010
- 4.10 Personenfreizügigkeitsregelungen nach der EU-Osterweiterung
hier: Situation der Familien bulgarischer und rumänischer Herkunft
5464/2010
- 4.11 Anfrage der CDU Fraktion gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates
(AN/0019/2011) - Steigende Zahl bei Flüchtlingen
0204/2011
- 4.12 Wahl zur Seniorenvertretung der Stadt Köln
0453/2011
- 5 Wohnen**
- 5.1 Förderung selbstgenutzten Wohneigentums mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 und Ausblick auf 2011
0159/2011
- 5.2 Förderung von Mietwohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 und Ausblick auf 2011
Förderergebnis Mietwohnungen
0055/2011
- 5.3 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes
Preiswerter Wohnungsbau
0396/2011

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

- 6.1 Strukturförderprogramm Mülheim 2020 Ausschreibung Projekt "Stadtteilmütter"
5449/2010

7 JobCenter Köln

- 7.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE.Köln vom 28.12.2010 zu TOP 7.1 der Sitzung vom 14.12.2010 bez. Strategischem Integrationsprogramm Jobcenter Köln 2011 (SIP 2011)
0408/2011
- 7.2 Anfrage zu TOP 7.1 der Sitzung vom 14.12.2010 bez. Eingliederungsmaßnahmen im Strategischen Integrationsprogramm des Jobcenters Köln 2011 (SIP 2011)
0398/2011
- 7.3 Bericht des Jobcenters Köln / Rückblick auf das Jahr 2010
0381/2011
- 7.4 Sachstand zum ESF-Projekt "Kölner Alleinerziehende im Aufbruch"
0417/2011

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 2/2011
0125/2011

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 9.1 Weiterentwicklung der Bildungslandschaft Finkenberg
hier: gleichlautender Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Ausschüsse JHA, Schule und Weiterbildung und Soziales und Senioren
AN/0216/2011
- 9.2 Information und Diskussion zur Sozialraum- und Gemeinwesenarbeit
hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 28.01.2011
AN/0226/2011

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/ 1532/2010

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Nebenkostenabrechnung bei Beziehern von ALG II
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke vom 26.01.2010
AN/0213/2011

10.2.2 siehe TOP 9.1

10.2.3 Inklusion von Menschen mit Behinderungen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.02.2011
AN/0277/2011

10.2.4 Eingliederungszuschuss gem. § 16 e SGB II
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.02.2011
AN/0286/2011

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Kommunale Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen und -zentren in Köln
2011
0265/2011

11.2 Neue Geschäftsordnung für die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule
und Transgender
5036/2010

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

12.1 Konjunkturpaket II - Kostenanpassungen und Umschichtungen bei den Maßnahmen Barrierefreiheit in den Bürgerhäuser/Bürgerzentren
4455/2010

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

15.1 Anfrage der Fraktion DieLinke zu den Kosten der Unterkunft
hier: mündl. Anfrage von RM Frau Stahlhofen

15.2 Bericht über die Frauenprojekte
hier: mündl. Anfrage von RM Herrn Helling

15.3 Stadtteilzentrum Buchforst
hier: mündliche Anfrage von RM Frau Schmerbach

15.4 Mikrozensus
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

15.5 Pflegenoten
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

II. Nichtöffentlicher Teil

16 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

17 Beantwortungen von Anfragen

18 Mitteilungen

19 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

20 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

21 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

22 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

23 Ausschussempfehlungen an den Rat

24 Anfragen

24.1 Finanzielle Folgen der Harz IV-Reform für die Stadt Köln hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

I. Öffentlicher Teil

0. Beschluss gem. § 34 Abs. 4 GeschO über das Hinzuziehen von Sachverständigen zum TOP 4.9 Zwischenbericht des Projektes "Stromspar-Check"

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, Frau Heidt und Frau Flackskamp zu den Beratungen zu TOP 4.9 als Sachverständige hinzuzuziehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Statistik Netzwerk gegen häusliche Gewalt 0039/2011

RM Herr Helling hält die Aussage, dass von der Verwaltung die Auswirkungen des Gesetzes auf das Anzeigeverhalten nicht beurteilt werden könne, für verfehlt. Im vorliegenden Fall der Einführung des Gewaltschutzgesetzes seien sich alle Experten einig, dass es sich hierbei um einen echten Befreiungsschlag für die betroffenen Frauen handle. Sehr viele Frauen wurden gerade durch dieses Gesetz ermutigt, aktiv zu werden.

3.2 Beantwortung der Fragen aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 04.11.2010 zum Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2009 5298/2010

Die Tagesordnungspunkte 3.2 und 4.1 werden zusammen beraten.

RM Frau Schmerbach fragt, wie hoch die Einstellungsquote für Menschen mit Behinderung sei. Sie bittet ergänzend, auch bei den Beteiligungsgesellschaften die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung mitzuteilen.

Frau Schmerbach regt zu den Vergaben von Aufträgen an Werkstätten für behinderte Menschen auf Seite 13 des Berichtes an, die Vergaberichtlinien dahingehend zu ändern, dass die Integrationsfirmen und Werkstätten bevorzugt werden. Ein derartiger Beschluss sei in Aachen bereits gefasst worden.

SB Herr Dr. Schulz ergänzt zu Seite 11 des Berichtes, schwerbehinderte, junge Erwachsene bis zum 30. Geburtstag seien lediglich mit 3,33% vertreten. Offensichtlich handele es sich bei der gesamten Beschäftigungsquote vorwiegend um Menschen, die während ihrer Arbeitszeit eine Behinderung erleiden. Dies zeige, dass damit die Zahl der Einstellungen von jungem Menschen mit Behinderung gegen Null gehe.

RM Frau Lüttig schließt sich der Frage von Frau Schmerbach nach der Quote von den Beteiligungsgesellschaften an. Weiter hält sie die Quote von 4,08 % bei den Kliniken gGmbH für zu niedrig.

RM Herr Helling bittet die Verwaltung ergänzend, von den Kliniken einen kurzen Bericht vorlegen zu lassen über die Entwicklung der Quote und die bisher unternommenen Maßnahmen, um diese Quote zu erhöhen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold und RM Herr Helling stimmen überein, dass eine Beeinflussung der Quote bei den städtischen Gesellschaften oder den Beteiligungsgesellschaften z.B. auf der Ebene der Aufsichtsräte erfolgen müsse.

Frau Reker hält den Wunsch der Ausschussmitglieder nach einer umfassenden Berichterstattung für nachvollziehbar. Leider sei dies bis heute nicht vollständig möglich gewesen. Die Verwaltung werde sich dafür einsetzen, dem Informationsbedürfnis des Ausschusses nachzukommen.

Eine Beeinflussung der Quote könne nur über den Aufsichtsrat erfolgen, aber auch dort sei die Stadt Köln vertreten.

*Ergänzend zu der Diskussion stellt die Verwaltung einen Auszug aus der Beantwortung einer Ratsfrage der Fraktion DieLinke vom 07.10.10 als **Anlage zur Niederschrift** zu Verfügung.*

3.3 Pflereport der Barmer Ersatzkasse 0249/2011

RM Herr Ensmann dankt der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung.

3.4 KölnPass: Sachstand der Verhandlungen im Land zur Einführung eines Sozialtickets 0373/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.5 Einlagerung persönlicher Habe nach einer Zwangsräumung
hier: Nachfrage der Fraktion Die Linke vom 28.10.10 auf die Mitteilung
5008/2010
0335/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

**4.1 Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2009
4213/2010**

siehe TOP 3.2

**4.2 Anfrage der FDP-Fraktion zu Kinderarmut / Wohnverhältnisse
4943/2010**

RM Frau Hoyer bittet um Auskunft bezüglich der Daten der Umfrage, wann der Ausschuss mit der angekündigten Auswertung rechnen könne.

Frau Reker sagt eine Weiterleitung der Frage an die zuständige Fachverwaltung zu.

**4.3 Online-Schulabgängerbefragung in Köln
5004/2010**

RM Frau Schmerbach merkt hierzu an, vor dem Hintergrund des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften müsse man sich verstärkt Gedanken über das Thema Ausbildung machen.

**4.4 Bericht zum Pilotprojekt 'Integrationslotsen' - Januar 2011
0105/2011**

RM Herr Helling weist darauf hin, dass es dringend notwendig sei, Klarheit darüber zu bekommen, ob ein solches Projekt auch unter den Gesichtspunkten des JobCenters förderfähig sei, damit dies auch als Beschäftigungsinitiative durchgeführt werden könne. Herr Helling appelliert an das JobCenter, diesbezüglich zu einer positiven Entscheidung zu kommen.

Weiterhin schlägt Herr Helling vor, den Integrationslotsen einen Berechtigungsausweis auszuhändigen, um ihnen zu ermöglichen, alle erforderlichen Unterstützungsleistungen und Gespräche auch durchführen zu können. Herr Helling bittet die Verwaltung, zur Lösung dieses Problems, eine Vorlage für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zu erstellen.

Herr Müller-Starmann nimmt diesen Appell gerne auf und sagt eine Prüfung zu.

RM Frau Hoyer hält es für nicht nachvollziehbar, warum fünf Integrationsagenturen bei der Betreuung der Integrationslotsen beauftragt werden. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund schwer nachzuvollziehen, dass die Träger Schwierigkeiten haben, mit den bereitgestellten Mitteln ihre Arbeit zu finanzieren.

Frau Hoyer bittet um nähere Informationen zur Sozialstruktur der Integrationslotsen, z.B. wie viele einen Migrationshintergrund haben, wie viele Männer und Frauen es gebe und welches Alter diese haben.

Frau Reker sagt eine Prüfung bezüglich der Möglichkeit, einen Ausweis auszustellen, zu. Zu den verschiedenen Integrationsagenturen teilt Frau Reker mit, Hintergrund hierfür sei eine sozialräumliche Aufstellung gewesen. Nach einer gewissen Zeit sei sicherlich eine Überprüfung, ob diese Aufteilung noch richtig sei, sinnvoll. Die Planungssicherheit für die Träger sei dabei jedoch zu berücksichtigen.

Die weiteren Anregungen nimmt die Verwaltung auf. Frau Reker sagt eine Rückmeldung an den Ausschuss zu.

RM Frau Stahlhofen bittet um Mitteilung, wie hoch die Kosten für das gesamte Projekt gewesen seien. Da 70% der Einsätze der Integrationslotsen über konkrete Kontakte der Träger vermittelt wurden, vermutet Frau Stahlhofen, dass damit evtl. Aufgaben des Trägers übernommen werden.

Frau Fohlmeister teilt mit, die Idee, eine Anbindung an die Träger herzustellen, sei dadurch entstanden, dass die Träger in den Sozialräumen bereits aktiv seien und hierdurch ein Mehrwert entstehe. Gleichzeitig erfolge die Koordination des Einsatzes über die Träger, die damit eine ganz wichtige Rolle bei der Arbeit der Integrationslotsen innehaben. Frau Fohlmeister betont ausdrücklich, es gehe nicht darum, die Arbeit der Träger zu ersetzen, sondern dass die Integrationslotsen ein zusätzliches Angebot darstellen.

SE Frau Hollmann fragt nach der Perspektive für 2011. Sie regt an, dass einer der beteiligten Träger das Projekt im Ausschuss für Soziales und Senioren vorstellen sollte.

SE Herr Kersjes teilt mit, bei diesem Projekt mache man sich Synergieeffekte zunutze. Es gehe nicht darum, einen Träger zu finanzieren, sondern darum, eine finanzierte Struktur für das Projekt zu nutzen. Herr Kersjes hält diese Idee und die Verteilung auf mehrere Träger auch weiterhin für den richtigen Ansatz.

Frau Fohlmeister erklärt, das Projekt sei von den fünf Agenturen gemeinschaftlich entwickelt worden. Im Ersten Jahr erfolgte eine Bezuschussung in Höhe von 3.000 Euro pro Träger, im zweiten Jahr mit 5.000 Euro pro Träger. Inzwischen erfolge eine Finanzierung in Höhe von 4.600 Euro pro Jahr und pro Träger.

Das Projekt habe einen Doppelleffekt. Es diene der Qualifizierung der Menschen, die als Integrationslotsen tätig sein wollen, und auch dem Adressatenkreis.

SE Herr Klein regt an, die Aufwandsentschädigung von bisher 5 Euro aufzustocken, um die Attraktivität und die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit zu erhöhen.

SB Frau Wilden sieht den Einsatz von Integrationslotsen sehr kritisch. Sie vertritt die Auffassung, dass diese Projekte Kosten und Aufwand verursachen und in bestimmten Fällen nicht zum Erfolg führen.

Bezug nehmend auf die Anregung von Herrn Klein bringt Frau Wilden den im Rat abgelehnten Antrag der Fraktion pro Köln auf eine Ehrenamtskarte zur Sprache.

Frau Reker schlägt abschließend vor, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren dieses Projekt ausführlicher vorzustellen.

**4.5 Übersicht über Interkulturelle Zentren, die Anerkennung bzw. Förderung beantragt haben
0225/2011**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
5326/2010**

Herr Santelmann merkt an, dass es sich bei dem in der Mitteilung genannten Gesetz nicht um das SGB XII handeln könne. Sehr wahrscheinlich handele es sich um das SGB VIII.

RM Frau Lüttig regt an, diese Mitteilung auch an den Jugendhilfeausschuss zu geben.

SB Herr Dr. Schulz hält die Mitteilung inhaltlich für in Ordnung, bittet die Verwaltung jedoch, um mehr Sensibilität bei der Wortwahl. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Formulierung „...ist die Zahl der eingereisten...Minderjährigen *dramatisch* angestiegen.“

RM Herr Ensmann hält die Mitteilung teilweise für schwer verständlich, insbesondere, was die Darstellung auf Seite 2 zur Vormundschaft angehe.

SB Frau Wilden teilt die Kritik der Vorredner an der Vorlage nicht.

**4.7 Vorübergehende Aussetzung von Abschiebungen nach Serbien und in den Kosovo
5474/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.8 Bericht über die psychosoziale Notfallversorgung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner nach dem Einsturz des Historischen Archivs Köln im März 2009
5075/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.9 Zwischenbericht des Projektes "Stromspar-Check" inkl. Powerpointpräsentation 5370/2010

Frau Heidt und Frau Flackskamp stellen das Projekt „Stromspar-Check“ vor. Die Präsentationsunterlagen sind als Anlage zur Verwaltungsmitteilung Nr. 5370/2010 umgedruckt worden.

RM Herr Ensmann hält eine nachhaltige Wirkung des Projektes für wichtig. Weitere Besuche der Stromsparprüfer in den Haushalten - über die beiden im Vortrag erwähnten Besuche hinaus - seien sinnvoll.

Herr Ensmann hält es für wichtig, aussagekräftige Ergebnisse vorweisen zu können, bevor eine Ausdehnung des Projekts auf andere Stadtteile in Betracht gezogen werde.

Frau Flackskamp führt aus, die Kunden haben berichtet, dass die positiven Auswirkungen des Stromspar-Checks bereits nach einem halben Jahr auf der Jahresstromrechnung deutlich spürbar gewesen seien. Es sei geplant, nach der diesjährigen Jahresrechnung wieder bei vielen Kunden nachzufragen, ob sich das Einsparvolumen fortgesetzt habe oder ob sich wieder alte Verhaltensmuster eingeschlichen haben.

SB Herr Krücker bittet um Information, ob sich die Beratung auch auf die diversen Anbieter von Strom und Gas auf dem Markt beziehe. Er fragt weiter, ob es bei der Erneuerung unwirtschaftlicher Geräte, Unterstützung seitens der Sozialverwaltung oder des JobCenters gebe. Abschließend bittet Herr Krücker um Mitteilung, wie nachhaltig die Finanzierung der als Stromsparhelfer beschäftigten Personen sei.

Frau Heidt teilt mit, eine Beratung zu den verschiedenen Anbietern von Strom und Gas erfolge nicht. Diesbezüglich werde auf die Verbraucherberatung verwiesen.

Frau Reker erklärt, der Gesetzgeber habe einen Austausch von Geräten zur Beschaffung von energieeffizienteren Geräten nicht vorgesehen. Die Verwaltung helfe daher nur bei Ersatzbeschaffungen und gewähre ein ergänzendes Darlehen.

Frau Heidt teilt auf Nachfrage von SE Frau Hollmann mit, dass sich die Gesamtkosten mit den Eigenanteilen der Personalkosten für drei Beschäftigte für das erste Jahr auf rd. 55.000 Euro belaufen. Mit den Kosten für die Anleitung im zweiten Jahr und vier Beschäftigten werde das Projekt 77.000 Euro kosten.

Zur Nachhaltigkeit der Finanzierung der beschäftigten Stromsparhelfer berichtet Frau Heidt, derzeit seien drei Personen für das Projekt angestellt, die von der ARGE/JobCenter gefördert werden. Natürlich sei das Projekt darauf angewiesen, dass eine Verlängerung genehmigt werde.

RM Herr Helling hält es für wichtig, durch eine Änderung des Verbrauchsverhaltens von Strom und Wasser langfristige Wirkungen zu erzielen. Insofern sei dieses kleine Projekt vollständig auf die strategischen Vorstellungen zur Senkung der ständig steigenden Mietnebenkosten ausgerichtet.

Herr Helling fragt Bezug nehmend auf die Einsparungen der Verwaltung in Höhe von rd. 30.000 €, ob durch die Minderausgaben in diesem Bereich ggf. eine Ausweitung dieses Projektes finanziert werden könnte. Herr Helling spricht sich dafür aus, solche Projekte in der nächsten Zeit auszuweiten. Diesbezügliche politische Initiativen sollten dann erfolgen.

Weiterhin hält Herr Helling einen Erfahrungsaustausch zwischen dem Projekt „Stromspar-Check“ mit den Beratungserfahrungen der Rhein-Energie für sinnvoll.

Frau Reker bestätigt, dass die Verwaltung durch die Energiesparberatung weniger Geld ausbebe. Sicherlich sei es ein guter Ansatz, eine Betrachtung des Haushaltes vom Ergebnis aus durchzuführen und zu überlegen, was die Verwaltung einsetzen müsse um am Ende ein gutes inhaltliches und finanziell tragbares Ergebnis zu erzielen.

Frau Flackskamp informiert über die enge Zusammenarbeit mit der Rhein-Energie.

SE Frau Stahlhofen fragt, ob es möglich sei, aus den Beschäftigungsverhältnissen nach § 16 e SGB II versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu entwickeln.

Sie fragt die Verwaltung, ob zur Sicherung der Nachhaltigkeit eine Sanierung der Wohnungen seitens der Verwaltung erfolgen werde.

Frau Stahlhofen will weiter wissen, ob die Datenbank wirklich anonym sei.

Frau Heidt erklärt, die Förderung nach § 16 e sei sehr wohl eine versicherungspflichtige Beschäftigung. Eine längerfristige Förderung sei durchaus möglich.

Frau Reker bestätigt, grundsätzlich sei eine dauerhafte Förderung der Stellen für Stromsparhelfer nach § 16 e SGB II möglich. Die konkreten Einzelfälle müssen natürlich geprüft werden.

Die Sanierung von Wohnungen sei die Sache der Eigentümer, nicht der Verwaltung.

Frau Flackskamp bestätigt, dass der Datenschutz gewährleistet sei.

SE Frau Lerchner fragt, wie viel Zeit ein Termin beanspruche und wie die Erfahrungen bei der Akquirierung der Haushalte seien.

Frau Flackskamp berichtet Näheres über die tägliche Arbeit der Stromsparhelfer und den erforderlichen Zeitaufwand.

RM Frau Schmerbach betont, der Bericht habe für sie die drei Komponenten CO 2 Reduzierung, Kostensenkung und Arbeitsintegration. Frau Schmerbach erklärt, eine Ausweitung auf andere Stadtteile würde sie sehr begrüßen.

Sie hält die Kooperation mit der Rhein-Energie ebenfalls für sinnvoll. Außerdem spricht sich Frau Schmerbach dafür aus, zu prüfen, inwiefern Perspektiven für die Weiterbeschäftigung der Stromsparprüfer bei den Energiekonzernen bestehen.

SB Frau Wilden hält das Thema an sich für sehr wichtig. In dieser Sache hält sie jedoch eine Kosten-Nutzen-Rechnung für sinnvoll. Frau Wilden spricht sich dafür aus, diese Beratung besser in die Hände der Rhein-Energie zu geben.

4.10 Personenfreizügigkeitsregelungen nach der EU-Osterweiterung hier: Situation der Familien bulgarischer und rumänischer Herkunft 5464/2010

RM Herr Ensmann fragt, ob es für diesen Personenkreis einen höheren Hilfebezug gebe als den für die sonst hier lebenden Menschen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

RM Herr Helling konkretisiert die Anfrage der CDU-Fraktion aus seiner Sicht. Die Mitteilung konzentrierte sich nur auf die Frage einer Arbeitserlaubnis für die EU. Das gesellschaftliche Phänomen bestehe jedoch darin, dass auf Grund der EU-Regelungen eine Reihe von Menschen hier leben, die aus Bulgarien und Rumänien kommen, die

aber einen ungeklärten Status und ungeklärte Zielrichtungen haben, was die Arbeitsaufnahme oder Nachziehen von Familienangehörigen angehe.

Er bittet um Mitteilung, ob es über die Regelungen zur EU-Arbeitserlaubnis hinaus, für diese Personengruppe Transferleistungen gebe bzw. unter welchen Bedingungen diese Menschen Transferleistungen beziehen könnten, wie z.B. Kindergeld, Wohngeld, SGB II-Bezug bis hin zur Frage, wann möglicherweise ein Status eintrete, dass sie KölnPass berechtigt seien.

Herr Helling berichtet weiter, dass diese Menschen nun Beratungsstellen aufsuchen, die für diese Problematik nicht zuständig seien. Es gebe unter anderem einen verstärkten Zugang bei den Beratungsstellen für Wohnungslose, Flüchtlinge oder auch bei den Migrations-Beratungsstellen. Herr Helling hält hier jedoch ein spezielles Beratungsangebot für notwendig.

Die Verwaltung sollte prüfen, ob eine Auswertung der Erfahrungen der Beratungsstellen erfolgen sollte, um weitere Pläne für eine spezielle Informations- und Beratungsstelle für diesen Personenkreis entwickeln zu können.

Frau Reker nimmt diese Anregung auf.

SE Frau Eggeling berichtet über ihre eigenen beruflichen Erfahrungen aus der Wohnungslosenhilfe. Sie merkt an, es komme hier zu zahlreichen, auch rechtlichen, Problemen und teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen. Frau Eggeling geht davon aus, dass diese Personen keinen Sozialhilfanspruch haben und daher nicht wissen, wovon sie leben sollen.

4.11 Anfrage der CDU Fraktion gem. §4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0019/2011) - Steigende Zahl bei Flüchtlingen 0204/2011

Herr Schleicher berichtet über den aktuellen Sachstand und den weiter steigenden Flüchtlingszahlen. Nach den derzeitigen Hochrechnungen werden in Köln voraussichtlich in diesem Jahr 450 Betten über dem vorhandenen Bestand benötigt werden. Die Rückmeldungen von den angeschriebenen Maklern seien nicht positiv gewesen. Nun habe die Verwaltung die städtischen Gesellschaften angeschrieben und dort nach geeigneten Wohnräumen gefragt. Herr Schleicher erklärt, Büroräume kommen zur Unterbringung nicht in Frage.

Zur Verbesserung der Wohnsituation habe die Verwaltung in der letzten Zeit 363 Aufträge erteilt mit einem Gesamtvolumen von 780.000 Euro für 29 Objekte. Dies stelle eine starke Mittelkonzentration zur Verbesserung der Lebensbedingungen in diesen Objekten dar.

Herr Schleicher betont, entscheidend sei es, alles daran zu setzen, die benötigten 450 Plätze in qualifizierter Form möglichst kurzfristig zu erhalten.

4.12 Wahl zur Seniorenvertretung der Stadt Köln 0453/2011

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5 Wohnen

5.1 Förderung selbstgenutzten Wohneigentums mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 und Ausblick auf 2011 0159/2011

Herr Schleicher erklärt, die Verwaltung sei sehr stark an dieser Förderung interessiert. Trotzdem stehen diese Mittel in Konkurrenz zu dem Geschosswohnungsbau. Bei einer Prioritätenentscheidung werde es sehr wahrscheinlich landesweit zu einer Verschiebung der Mittel zu Gunsten des Geschosswohnungsbaus kommen.

RM Herr Kienitz teilt sein Bedauern über die Verschiebung der Mittel mit. Er fragt, ob angesichts der 291 in das Jahr 2011 übernommenen Anträge davon ausgegangen werden müsse, dass damit weitere Bewilligungen in diesem Jahr kaum noch möglich seien.

Herr Schleicher bestätigt, dass diese Entwicklung die Situation für die Antragstellung in 2011 nochmals gewaltig verschärfe. Diskussionen um ein Alternativprogramm hält er daher für dringend erforderlich.

Herr Schleicher beantwortet nachfolgend Fragen von RM Frau Hoyer und RM Herrn Ensmann und stellt klar, dass es seitens der Landesregierung formal zu keiner Kürzung der Mittel gekommen sei. Herr Schleicher informiert, hier in Köln bestehe Einvernehmen darüber, dass die aktuelle Entwicklung schlecht für die Stadt Köln sei.

SE Herr Corneth und Herr Schleicher tauschen sich abschließend über das Verfahren in den letzten Jahren und die Hintergründe für die Mittelverschiebung zum Thema Förderung selbstgenutzten Wohneigentums mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen aus.

5.2 Förderung von Mietwohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 und Ausblick auf 2011 Förderergebnis Mietwohnungen 0055/2011

Herr Schleicher betont, die gemeinsamen Aktivitäten in Köln haben gefruchtet und es konnten mehr Investoren für das Interesse an preiswertem Wohnungsbau gewonnen werden. Leider fehlen in Köln im Gegensatz zu letztem Jahr Mittel in Höhe von 35 Mio. Euro, was bedeute, dass rd. 400 Wohnungen weniger gefördert werden. Herr Schleicher betont, dies sei nicht wünschenswert. Die Verwaltung setze sich auch weiter für eine Aufstockung der Mittel ein. Ggf. müsse dies über eine andere Verteilung der Mittel in Nordrhein-Westfalen erfolgen.

Auch hier habe die Verwaltung einen Großteil der Anträge auf dieses Jahr verschoben, was eine Verknappung der Gesamtmittel für das Haushaltsjahr 2011 mit sich bringe, wenn es nicht gelinge, anderweitig Mittel zu akquirieren.

RM Herr Helling, RM Frau Hoyer und RM Herr Ensmann nehmen nachfolgend Stellung zu den Ausführungen der Verwaltung auf Seite 2 der Mitteilung, zum Ausblick auf 2011, 2. Absatz.

Herr Schleicher bestätigt auf die Nachfragen hin, dass man, um die beschlossene Zielzahl von 1.000 geförderten Wohnungen erreichen zu können, die fehlenden Landesmittel durch städtische Mittel in Höhe von ca. 35 Mio. Euro ersetzen müsste, wenn sie denn vorhanden wären.

RM Herr Helling schlägt vor, für eine weiterführende Diskussion das Münchner Modell dem Ausschuss für Soziales und Senioren vorzustellen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag von Herrn Helling zu.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung gerne auf.

5.3 Sachstandsmitteilung zur Umsetzung des Handlungskonzeptes Preiswerter Wohnungsbau 0396/2011

RM Herr Helling fragt, wie viele Belegungsrechte die Verwaltung auf Wohnungen habe.

Herr Schleicher teilt hierzu mit, in Köln gebe es 49.600 Belegungsrechte für öffentlich geförderten Wohnungsbau. Dazu gebe es noch angekaufte Belegungsrechte, dies seien insgesamt ca. 8.000, davon sei nur ein Teil öffentlich gefördert.

Herr Schleicher weist auf eine Vereinbarung mit der Wohnungswirtschaft hin, dass bei den meisten Wohnungen der Hauseigentümer das Belegungsrecht selbst ausüben dürfe.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Strukturförderprogramm Mülheim 2020 Ausschreibung Projekt "Stadtteilmütter" 5449/2010

RM Frau Schmerbach fragt, wie die Tätigkeit der Stadtteilmütter entlohnt werde und ob die Entlohnung nach Tarifvertrag erfolge.

Frau Göttgens berichtet über die zwei Varianten, nach denen Stadtteilmütter entlohnt werden können. Zum einen handele es sich um eine sozialversicherungspflichtige Entlohnung von 1.548 Euro brutto für 30 Std./wtl. Die Verwaltung orientiere sich bei der Berechnung an der Vergütung, die für Maßnahmeteilnehmende aus Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften und ähnlichen verwendet werden. Diese Variante komme für Frauen mit und ohne SGB II-Bezug in Frage.

Als weitere Möglichkeit für Frauen, die nicht im vollen Umfang von 30 Std. eingesetzt werden möchten und nicht aus dem SGB-II-Bezug kommen, sei eine Tätigkeit auf Honorarbasis in Höhe von 10 Euro/Std. möglich.

RM Herr Ensmann bittet um Information, ob angesichts des Aufgabenspektrums der Stadtteilmütter die Zweisprachigkeit sichergestellt sei, um das gesetzte Ziel erreichen zu können.

Herr Müller-Starmann bestätigt dies, da anderenfalls keine Fördermöglichkeit bestehe.

RM Herr Helling erinnert in diesem Zusammenhang an die Vorlage eines regelmäßigen Sachstandsberichts zu allen Projekten für den Ausschuss für Soziales und Senioren.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung für die heutige Sitzung den aktuellen Sachstand mündlich vorzutragen.

Frau Göttgens berichtet über diejenigen Projekte, bei denen es eine neue Entwicklung gebe. Den schriftlichen Sachstandsbericht sagt sie als **Anlage** zur Niederschrift zu.

7 JobCenter Köln

7.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE.Köln vom 28.12.2010 zu TOP 7.1 der Sitzung vom 14.12.2010 bez. Strategischem Integrationsprogramm Jobcenter Köln 2011 (SIP 2011) 0408/2011

Zum Thema staatlich anerkannte Berufsabschlüsse fragt SE Herr Klein auf welcher Basis das JobCenter entscheide, ob ein bestimmter schulischer Bildungsweg anerkannt werde oder nicht.

Herr Müller-Starmann stellt klar, hierzu habe der Gesetzgeber ganz bestimmte Regelungen getroffen. Diese Regelungen könne auch das JobCenter Köln nicht außer Kraft setzen. Sofern gesetzliche Regelungen für konkrete Berufe getroffen seien, werde das JobCenter alles dafür tun, dass Menschen, die für bestimmte Bildungsmaßnahmen in Frage kommen, an diesen auch teilnehmen können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold hält diese Regelung im Falle von Erziehern nicht für sinnvoll.

SE Frau Hollmann fragt nach den Soll- und Ist-Fallzahlen für Fallmanager/innen. Weiterhin bittet sie um Mitteilung, wie viele der in 2010 ausgehändigten 2.514 Bildungsgutscheine zu einem qualifizierten Berufsabschluss geführt haben.

SE Herr Klein bittet zusätzlich um Informationen, wie diese Fallzahlen ermittelt werden.

Herr Müller-Starmann berichtet, die Fallzahlen werden nach den Vorschriften des Gesetzes ermittelt. Für den Bereich Ü 25 gebe es die vorgeschriebene Fallzahl von 150 und für den Bereich U 25 von 75 Fällen. Zu berücksichtigen sei dabei, dass darauf Bereiche des JobCenters anzurechnen seien, in denen vor- und nachbereitende, ergänzende und sonstige Arbeiten in diesem Zusammenhang durchgeführt werden. Insofern sei es zutreffend, dass die Einzelbelastung der Fallmanager/innen im Ü 25 Bereich tatsächlich höher sei, als die genannten Fallzahlen. Herr Müller-Starmann ergänzt, dass im U 25 Bereich die tatsächliche Fallzahl näher an der Sollzahl liege.

Nachfolgend erläutert er kurz die Berechnungsweise für die Zahl der Fallmanager/innen. Diese Planzahl sei auch in der Trägerversammlung beschrieben und diskutiert worden.

Zur zweiten Frage von Frau Hollmann sagt Herr Müller-Starmann eine genauere Aufteilung zu.

Auf Grund von weiteren Nachfragen der Ausschussmitglieder kündigt Frau Reker an, die Berechnung der Fallzahlen zur nächsten Sitzung vorzulegen.

**7.2 Anfrage zu TOP 7.1 der Sitzung vom 14.12.2010 bez. Eingliederungsmaßnahmen im Strategischen Integrationsprogramm des Jobcenters Köln 2011 (SIP 2011)
0398/2011**

Frau Reker teilt auf Nachfrage von RM Herrn Ensmann mit, die jetzige Form der Vorlagen solle deutlich machen, dass Mitteilungen und Beantwortungen vom JobCenter gefertigt wurden, nicht jedoch von der Verwaltung.

Frau Reker erklärt, durch die Trägerschaft der Stadt Köln im JobCenter sei es natürlich das Ziel der Verwaltung, die Arbeit des JobCenters so zu entwickeln, dass in der Regel die Mitteilung des JobCenters auch von der Stadt Köln inhaltlich mitgetragen werde. Sollte dies einmal nicht der Fall sein, werde die Verwaltung dies deutlich machen.

**7.3 Bericht des Jobcenters Köln / Rückblick auf das Jahr 2010
0381/2011**

SB Herr Dr. Schulz hält es für ein Debakel, aus dem Bericht entnehmen zu müssen, dass es im Eingliederungstitel eine Minderausgabe in Höhe von 11,5 %, d.h. 12 Mio. Euro, gebe. Vorher sei dem Ausschuss immer eine geringere Summe genannt worden. Jedoch hält Herr Dr. Schulz bei einem Blick auf die Statistik das vorgelegte Ergebnis für skandalös.

Herr Dr. Schulz kritisiert, der jeweils hohe Prozentsatz der Minderausgaben zeige, dass gerade die fördernden Maßnahmen sehr vernachlässigt worden seien. Die Minderausgaben betreffen gerade diejenigen Maßnahmen und Zielgruppen, die dem Ausschuss immer sehr wichtig gewesen seien. Die geringsten prozentualen Kürzungen seien hingegen bei der Position „Vermittlung, Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ erfolgt.

Herr Dr. Schulz befürchtet, dass auf Grund der Kürzungen strategisch wichtige Strukturen verloren gehen werden.

Er bittet das JobCenter, die gute Struktur der vorliegenden Übersicht auf Seite 4 des Berichtes ab sofort auch in jedem weiteren Bericht zu liefern. Die Berichte sollten einfach und klar sein und eine leicht verständliche Form haben, damit die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren in die Lage versetzt werden, entsprechend reagieren zu können.

Herr Dr. Schulz bittet Frau Reker hierzu ausdrücklich um Unterstützung.

Die übrigen Ausschussmitglieder schließen sich durch Beifallsbekundungen dieser Bitte an.

SE Frau Hollmann ist nicht davon überzeugt, dass die Mitarbeiter/innen des JobCenters für ihre Tätigkeit ausreichend qualifiziert werden.

Weiterhin hält sie beim Vermittlungsbudget die Formulierung „Förderanträge von Kunden gingen auch nicht in der erwarteten Höhe ein.“ für problematisch. Frau Hollmann erklärt, dahinter könnte man auch vermuten, dass die Fallmanager/innen die Kundinnen und Kunden nicht ausreichend über diese Möglichkeiten informiert haben. Frau Hollmann vertritt die Auffassung, dass hier die notwendige Transparenz fehle.

RM Herr Ensmann hält es neben der Rückschau auch für wichtig, für die Zukunft sicherzustellen, dass das JobCenter in diesem Jahr nicht wieder Mittel aus dem Eingliederungstitel zurückgeben müsse.

Frau Reker bestätigt, dass die Differenz von 12 Mio. Euro erschreckend hoch sei. Die Summe werde jedoch in der heutigen Vorlage nicht zum ersten Mal genannt. Neben der Schwierigkeit, genau zu planen, gebe es für die entstandene Situation eine Vielzahl von Gründen.

Frau Reker betont, nun sei genau zu analysieren, worin die Gründe für diese Minder Ausgaben zu suchen seien um ähnliche Fehler für die Zukunft zu vermeiden. Sie versichert, in der Trägerversammlung werde über Verbesserungsmöglichkeiten beraten werden.

Herr Müller-Starmann sagt auf Bitte des Vorsitzenden Herrn Paetzold zu, in die künftigen Quartalsberichte des JobCenters die übersichtliche Darstellung der Bewirtschaftung des Eingliederungstitels aufzunehmen.

7.4 Sachstand zum ESF-Projekt "Kölner Alleinerziehende im Aufbruch" 0417/2011

SE Frau Hollmann hält diesen Sachstandsbericht für sehr schlecht. Sie bittet das JobCenter, diesen Bericht nochmals zu überarbeiten und die Kooperationspartner an diesem Bericht zu beteiligen. Auch bei dem verteilten Kalender seien die Kooperationspartner nicht informiert und beteiligt worden. Frau Hollmann vermisst hier den notwendigen Kooperationsstil. Es sei wichtig, dass das JobCenter beginne, diesbezüglich eine andere Fachlichkeit zu entwickeln.

Außerdem fragt sich Frau Hollmann, warum bei einem solchen Projekt die Vermittlung in den Vordergrund gestellt werde. Sie bittet, bei dem nächsten Bericht eine Differenzierung vorzunehmen, da sonst der Eindruck entstehen könnte, dass Alleinerziehende ganz leicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Herr Müller-Starmann teilt mit, es handele sich hierbei nur um einen kurz gefassten Bericht. Unter Würdigung aller Beteiligten kündigt er weitere Berichte an. Herr Müller-Starmann betont, die Vermittlung in Arbeit sei nicht der einzige Zweck des Projektes, jedoch sei dies ein zentrales Anliegen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold regt abschließend an, dass Frau Hollmann zur Konkretisierung ihres Anliegens eine schriftliche Anfrage stellen sollte.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 2/2011 0125/2011

Der Vorsitzende Herr Paetzold und RM Herr Ensmann gratulieren der Verwaltung für die gelungene Veranstaltung zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung.

Frau Reinecke kündigt für die Ausschüsse Gesundheit wie auch Soziales und Senioren eine weitere Mitteilung mit den näheren Ergebnissen und Anregungen aus der Veranstaltung an.

SE Frau Hanisch hält die Veranstaltung grundsätzlich für sehr gut. Sie bedauert jedoch, dass Menschen mit geistiger Behinderung keine Möglichkeit haben, dieser Veranstaltung zu folgen, da keine Übersetzung in leichte Sprache erfolge.

Frau Reinecke bestätigt, dass noch keine geeignete Veranstaltungsform für den Tag der Menschen mit Behinderung gefunden wurde, die es Menschen mit geistiger Behinderung ermögliche, an dieser Veranstaltung teilzuhaben. Frau Reinecke teilt mit, die Verwaltung befinde sich hier noch auf dem Weg und habe noch nicht alle Themen in leichte Sprache umsetzen können.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Weiterentwicklung der Bildungslandschaft Finkenberg hier: gleichlautender Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Ausschüsse JHA, Schule und Weiterbildung und Soziales und Senioren AN/0216/2011

RM Herr Ensmann bittet um Vertagung des Antrags auf die nächste Sitzung, da noch Beratungsbedarf bei der CDU-Fraktion bestehe.

Die Ausschussmitglieder stimmen daher einer Vertagung zu.

9.2 Information und Diskussion zur Sozialraum- und Gemeinwesenarbeit hier: gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grü- nen vom 28.01.2011 AN/0226/2011

RM Herr Helling begründet kurz den vorliegenden Antrag.

Frau Reker regt an, dieses Thema in einer Sondersitzung zu behandeln, da dies den Rahmen einer regulären Sitzung sprengen würde.

SB Herr Dr. Schulz regt an die Sondersitzung zusammen mit dem Jugendhilfeaus-
schuss durchzuführen.

RM Frau Hoyer regt an, zu Punkt 3 die Formulierung insofern zu ändern, dass das Wort „politisch“ gestrichen wird.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt nachfolgend den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Wir bitten die Verwaltung, in einer Sondersitzung des Ausschusses Soziales und Senioren und des Jugendhilfeausschusses das Thema „Chancen von Sozialraum- und Gemeinwesenarbeit“ als Schwerpunkt zu setzen.
2. Für Informationen und eine anschließende Diskussion sollen einzelne Akteure aus den Sozialräumen, Vertreter von Gemeinwesenprojekten, der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und der Wissenschaft (Staatliche FH) gewonnen werden.
3. Die Verwaltung legt den Ausschüssen Soziales und Senioren und Jugendhilfe in einer der folgenden Sitzungen eine Auswertung vor, die auch Vorschläge zum weiteren Vorgehen in der Entwicklung der sozialräumlichen Arbeit unter Einbeziehung von Gemeinwesenarbeit enthalten kann.
- 4.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Verknüpfung des KölnPasses mit einer sogenannten "Bildungschipkarte"
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 31.08.2010
AN/ 1532/2010

Herr Santelmann sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Nebenkostenabrechnung bei Beziehern von ALG II
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke vom 26.01.2010
AN/0213/2011

Die Antwortung der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

10.2.2 siehe TOP 9.1

10.2.3 Inklusion von Menschen mit Behinderungen hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 07.02.2011 AN/0277/2011

Die Beantwortung der Verwaltung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

RM Frau Lüttig bittet die Antwort der Verwaltung auch dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Kenntnis zu geben.

10.2.4 Eingliederungszuschuss gem. § 16 e SGB II hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.02.2011 AN/0286/2011

Die Beantwortung der Verwaltung erfolgt voraussichtlich zur nächsten Sitzung.

RM Herr Dr. Schulz teilt mit, in der Ausschussmitteilung vom 02.09.2010 seien die Ergebnisse der Übergangsförderung entsprechend des „Konzepts zur Sicherung des Möbelverbundes unter Einbeziehung zulässiger öffentlicher Beschäftigungsförderung“ zusammengestellt worden. In der Mitteilung sei ausdrücklich darauf verwiesen worden, dass die weitere mögliche erfolgreiche Sicherung „von der weiteren Gewährung und der Höhe der Beschäftigungsförderung“ nach den Möglichkeiten des § 16 e SGB II abhängen.

Herr Dr. Schulz zitiert weiter die Aussage von RM Herrn Helling aus der o.g. Sitzung, dass die zukünftige Entwicklung wesentlich von der Eigeninitiative der Träger und auch von der Bereitschaft der ARGE abhängen, die möglichen Fördermittel so zu Verfügung zu stellen, dass die Fortentwicklung des Möbelverbundes auch seitens der Beschäftigungsförderung sichergestellt werde.

Herr Dr. Schulz fragt, ob das JobCenter auch zukünftig die für den nachhaltigen Erfolg des Konzepts erforderlichen Fördermittel in dem Umfang und der Art zur Verfügung stelle.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Kommunale Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen und -zentren in Köln 2011 0265/2011

RM Herr Helling schlägt zu der Beschlussvorlage einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor. Anstelle des noch zu benennenden Trägers sollte der Träger „Echo“ im Beschlusstext genannt werden.

SB Herr Schulz hält es für wichtig, zu reflektieren, wie man in diese Lage gekommen sei. Es sei nicht hinzunehmen, dass strategische Überlegungen, die die Kölner Politik in der Beschäftigungsförderung und in der Beratungslandschaft in Köln getroffen haben, durch eine auswärtige Organisation in Frage gestellt werden. Er bittet die Verwaltung diesbezüglich darauf zu drängen, dass Prioritäten, die in Köln gesetzt werden, respektiert werden.

SB Herr Krücker erklärt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt zunächst den gemeinsamen Änderungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Im 2. Absatz des Beschlusstextes werden die Worte „...durch einen noch zu benennenden Träger“ ersetzt durch „...den Träger Echo...“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

Beschluss über die so geänderte Beschlussvorlage:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt für das Jahr 2011 eine städtische Mitfinanzierung der in der Begründung aufgeführten drei Arbeitslosenberatungsstellen in Höhe von jeweils 9.760 € und der vier Arbeitslosenzentren von jeweils 7.700 €

Zur Absicherung eines Beratungsangebotes im Norden Kölns, insbesondere der Region Chorweiler/ Nippes Nord durch den Träger „Echo“ beschließt der Ausschuss für das Jahr 2011 eine Förderung in Höhe von 48.800 €

Die Finanzierung des Gesamtbetrages von 108.880 € erfolgt aus den im Haushaltsplan 2010/ 2011 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln zur kommunalen Förderung von Arbeitslosenberatungsstellen und –zentren.

Der Beschluss erfolgt unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass sich unterjährig keine höhere als die bisher bewilligte Förderung durch das Land NW ergibt, die eine geringere städtische Finanzierungsbeitrag erfordern würde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**11.2 Neue Geschäftsordnung für die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
5036/2010**

Die Beschlussvorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

12.1 Konjunkturpaket II - Kostenanpassungen und Umschichtungen bei den Maßnahmen Barrierefreiheit in den Bürgerhäuser/Bürgerzentren 4455/2010

RM Frau Schmerbach weist auf den Wenigerbedarf in Höhe von 90.000 € hin. Sollte wirklich der Fall eintreten, dass es bei diesem Wenigerbedarf bleibe, bittet sie darum, diese Mittel den Bürgerhäusern auch weiter zu Verfügung zu stellen. Frau Schmerbach hält dies für sinnvoll, da sie bei den Bürgerhäusern einen großen Bedarf an weiteren Baumaßnahmen sehe.

An der Abstimmung nehmen SB Herr Dr. Schulz, RM Frau Schmerbach und RM Frau Schultes nicht teil.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt die in der beigefügten Liste dargestellten Kostenanpassungen und Umschichtungen bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Bürgerhäusern/Bürgerzentren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

13.1 Leitbild Köln 2020 Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht 2225/2010

Frau Reker nimmt Bezug auf den Kommentar des Beirates und erklärt, der Bericht sei ein guter Überblick, wie sich das soziale Köln sehe. Frau Reker weist auf zwei Rahmenbedingungen hin, unter denen die Verwaltung arbeiten müsse. Zum einen handle es sich um die knappen Ressourcen und zum anderen um die Wiederbesetzungssperre für Personalstellen. Sie bittet die Vertreter der politischen Fraktionen, zunächst diesen Bericht zu leben und die Inhalte so zu kommunizieren, dass diese auch von den Bürgern aufgenommen werden.

Abschließend bittet Frau Reker um Verständnis dafür, dass die Verwaltung mit der Erstellung eines weiteren Berichtes unter den gegebenen Rahmenbedingungen überfordert sei.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, den vorliegenden ersten Entwicklungsbericht zu

den Leitlinien für ein soziales Köln zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion pro Köln

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

**15.1 Anfrage der Fraktion DieLinke zu den Kosten der Unterkunft
hier: mündl. Anfrage von RM Frau Stahlhofen**

RM Frau Stahlhofen fragt nach der Beantwortung der Anfrage der Fraktion DieLinke zu den Kosten der Unterkunft.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Anfrage AN/1724/2010, Bundesbeteiligung bei Kosten der Unterkunft, hier: Anfrage der Fraktion Die Linke vom 20.09.2010 wurde von der Verwaltung in der Sitzung am 23.09.2010 unter TOP 9.2.4 mündlich beantwortet.

**15.2 Bericht über die Frauenprojekte
hier: mündl. Anfrage von RM Herrn Helling**

RM Herr Helling berichtet über die Sitzung des Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ vom 04.11.2010. Hier sei eine bessere Information über die Selbsthilfeszene vereinbart worden. Der Unterausschuss habe vorgeschlagen, zunächst mit einer Berichterstattung über die vier Frauenprojekte zu beginnen. Die Verwaltung sollte versuchen, anhand der Jahresberichte die Entwicklung der Projekte nachzuvollziehen und diese Informationen einmal für die jetzige Ratsperiode den Ausschüssen Soziales und Senioren sowie Gesundheit zu Verfügung zu stellen.

Herr Helling bittet, diese Berichte in der nächsten Zeit zu erstellen, damit die Informationen frühzeitig auch für die die weiteren Planungen für den Haushalt 2012 vorliegen.

Die Verwaltung sagt eine Erledigung zu.

**15.3 Stadtteilzentrum Buchforst
hier: mündliche Anfrage von RM Frau Schmerbach**

RM Frau Schmerbach fragt, ob das Stadtteilzentrum Buchforst einen Antrag zur Weiterfinanzierung der Angebote für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund aus den Mitteln für „Wir im Quartier“ gestellt habe.

Herr Santelmann teilt mit, eine Antragstellung sei bisher nicht bekannt, aber durchaus willkommen. Da es sich hierbei um einen Einzelfall handele, werde eine Klärung direkt zwischen Verwaltung, JobCenter und dem Stadtteilzentrum erfolgen.

15.4 Mikrozensus

hier: mündliche Anfrage von RM Herr Ensmann

RM Herr Ensmann berichtet, er habe von einem Redakteur der Bild-Zeitung erfahren, dass es morgen einen Bericht zum Mikrozensus, der im Mai durchgeführt werden sollte, geben werde. Ihm sei mitgeteilt worden, dass es für diejenigen, die die Hausbesuche machen sollen, keinerlei Einstellungs-Hürden gebe. Herr Ensmann befürchtet, dass damit für Senioren die Gefahr bestehe, in diesem Zusammenhang Opfer von Überfällen zu werden.

Herr Ensmann bittet zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren die Kriterien, die zur Durchführung von Hausbesuchen im Rahmen des Mikrozensus berechtigen, mitzuteilen.

Die Verwaltung sagt eine Weiterleitung der Frage an die Fachverwaltung zu.

15.5 Pflegenoten

hier: mündliche Anfrage von RM Herr Ensmann

RM Herr Ensmann nimmt Bezug auf eine Mitteilung in der heutigen Ausgabe des KStA zum Thema „Landgericht stoppt Pflegenoten in zweiter Instanz“. Er sei sehr erfreut über diese Mitteilung und betont, oft mache es Sinn, in Berufung zu gehen.

Er bittet die Verwaltung, den Ausschuss weiter über dieses Thema zu informieren.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 16 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 17 Beantwortungen von Anfragen
- 18 Mitteilungen
- 19 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates
- 20 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates
- 21 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 22 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse
- 23 Ausschussempfehlungen an den Rat

Zu den TOP 16 bis 23 liegt nichts vor.

24 Anfragen

24.1 Finanzielle Folgen der Harz IV-Reform für die Stadt Köln hier: mündliche Anfrage von RM Herr Ensmann

RM Herr Ensmann nimmt Bezug auf den morgen tagenden Vermittlungsausschuss. Er bittet die Verwaltung, die konkreten Auswirkungen für die Stadt Köln darzustellen, für den Fall, dass die Einsparungen für die Kommunen in Höhe von 12 Milliarden Euro durchgesetzt werden können.

RM Herr Helling teilt mit, dass es nicht nur um eine Entlastung in Höhe von 12 Milliarden Euro gehe, sondern umgekehrt auch um Belastungen der Kommune, die bei der Anfrage nicht berücksichtigt werden. Er bittet die Verwaltung daher die Prüfung auf den gesamten Regierungsvorschlag zu beziehen und alle Aspekte zu prüfen, die sowohl Vor- als auch Nachteile beinhalten.

Der Vorsitzende Herr Paetzold regt an, zunächst abzuwarten, welche Ergebnisse der Vermittlungsausschuss bringe und das Thema zu vertagen.

Frau Reker erklärt, die Verwaltung nehme diese grundsätzliche Anfrage auf und werde sie an die zuständige Fachverwaltung weiterleiten. Eine Beantwortung erfolge zu gegebener Zeit.

(Vorsitzender)

(Schriftführerin)